

Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat

Festschrift für
Gerhard A. Ritter
zum 65. Geburtstag

Herausgegeben von
Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle
und Klaus Tenfelde

K·G·Saur
München · New Providence · London · Paris 1994

Gedruckt mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Fotografie von Gerhard A. Ritter auf S. II
wurde mit freundlicher Genehmigung des SDR gedruckt

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat :
Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag / hrsg.
von Jürgen Kocka . . . – München ; New Providence ; London ;
Paris : Saur, 1994
ISBN 3-598-11201-7
NE: Kocka, Jürgen [Hrsg.]; Ritter, Gerhard A.: Festschrift



Gedruckt auf säurefreiem Papier

Alle Rechte vorbehalten / All Rights Strictly Reserved
K. G. Saur Verlag GmbH & Co. KG, München 1994
A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany
Jede Art der Vervielfältigung ohne Erlaubnis des Verlags ist unzulässig.
Satz/Druck/Binden:
Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg

ISBN 3-598-11201-7

Inhalt

Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung	1
<i>Klaus Tenfelde:</i>	
Einleitung	3
<i>Wolfgang Hardtwig:</i>	
„Arbeiterschaft“ – „Genossenschaft“ – „Gewerkverein“ oder „Gewerkschaft“. Zur Begriffsgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862–1877	9
<i>Irmgard Steinisch:</i>	
Gewerkschaftliches Unterstützungswesen und die Anfänge der sozialstaatlichen Gesetzgebung in den USA	25
<i>Hartmut Kaelble:</i>	
Eine europäische Geschichte des Streiks?	44
<i>Wolfgang Kaschuba:</i>	
1900: Kaiserreich, Arbeiterkultur und die Moderne	71
<i>Adelheid von Saldern:</i>	
„Nur ein Wetterleuchten“. Zu den historischen Komponenten des „Novembergeistes“ von 1918/19	93
<i>Dieter Langewiesche:</i>	
Das neue Massenmedium Film und die deutsche Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik	114
<i>Heinrich August Winkler:</i>	
„Eine wirklich noch nicht dagewesene Situation“: Rudolf Hilferding in der Endphase der Weimarer Republik	131
<i>Susanne Miller:</i>	
Kurt Schumacher, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, im Urteil von Zeitgenossen	156
<i>Klaus Schönhoven:</i>	
Nach der Ära Böckler: Die Führungskrise im Deutschen Gewerkschaftsbund 1951/52	173
<i>A. J. Nicholls:</i>	
Zwei Wege in den Revisionismus: die Labour-Partei und die SPD in der Ära des Godesberger Programms	190
<i>Helga Grebing:</i>	
Von der „Traditionskompanie“ zur „Staatspartei“. Die Modernisierung der Sozial- demokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich	205

Inhalt

Geschichte der Parteien und des Parlamentarismus	223
<i>Hans-Jürgen Puhle:</i>	
Einleitung	225
<i>James J. Sheehan:</i>	
Vorbildliche Ausnahme: Liberalismus in Amerika und Europa	236
<i>Lothar Gall:</i>	
Soziale Struktur und politische Repräsentation im Übergang zur Stadt der bürgerlichen Gesellschaft	249
<i>Hartwig Brandt:</i>	
Über Konstitutionalismus in Deutschland. Eine Skizze	261
<i>Wilhelm Bleek:</i>	
Die Politik-Professoren in der Paulskirche	276
<i>Sergio Amato:</i>	
Interessenverbände, Parteien und Primat des Beamtentums in den politischen Theorien Mohls, Bluntschlis, Labands und Schmollers	300
<i>Wolfram Siemann:</i>	
Exil, Asyl und Wirtschaftswanderung in Westeuropa 1789–1860	315
<i>Günther Grünthal:</i>	
Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus von 1858	329
<i>Joaquín Abellán:</i>	
Liberaler Staat und nationale Integration in Spanien (1876–1912)	346
<i>Toru Takenaka:</i>	
Agrarinteressen und Parteipolitik in der Modernisierung Japans	359
<i>Manfred Botzenhart:</i>	
Staatsbankrott oder Verfassungsoktroi? Das Dilemma der Großherzogtümer Mecklenburg am Ende des Deutschen Kaiserreiches	375
<i>Heinz Gollwitzer:</i>	
Zwischen Volksbewegung und „Privatarmee“. Bemerkungen über Kampfbünde und Wehrverbände im Deutschen Reich und Österreich	391
<i>Clemens Wurm:</i>	
Westminster als Modell. Parlament, Parteien und „Staatsreform“ im Frankreich der Dritten und Vierten Republik	409
<i>Klaus Erich Pollmann:</i>	
Sozialpolitik im bundesstaatlichen System. Die Mitwirkung des Bundesrats an den arbeitsrechtlichen und sozialen Bundesgesetzen 1949–1953	429
<i>Marie-Luise Recker:</i>	
Das Personalvertretungsgesetz vom 5. August 1955. Eine Fallstudie zum parlamentarischen Entscheidungsprozeß in der frühen Bundesrepublik Deutschland	446

<i>Rudolf Morsey:</i>	
Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962	462
<i>Fritz Klein:</i>	
Der Einfluß von Friedensbewegungen auf das Ende des Kalten Krieges	479
Sozialpolitik, Sozialstaat und anderes	495
<i>Jürgen Kocka:</i>	
Einleitung	497
<i>Eberhard Weis:</i>	
Die Reformen der Regierung Montgelas zugunsten der bayerischen Bauern (1799–1817). Planung und Wirklichkeit	503
<i>Gerhard Schulz:</i>	
Lange Schatten. Über wirtschaftliche Notlagen und Entwicklungsrückstände in der europäischen Geschichte – Ursachen, Formen und Folgen	517
<i>Florian Tennstedt:</i>	
Sozialreform als Mission. Anmerkungen zum politischen Handeln Theodor Lohmanns	538
<i>Hartmut Harnisch:</i>	
Gustav von Schmoller und der gesellschaftliche Wandel seiner Zeit	560
<i>Rüdiger vom Bruch:</i>	
Vom Bildungsgelehrten zum wissenschaftlichen Fachmenschentum. Zum Selbstverständnis deutscher Hochschullehrer im 19. und 20. Jahrhundert	582
<i>Shulamit Volkov:</i>	
Die Jüdische Gemeinde in Altona, 1867–1890. Ein demographisches Profil	601
<i>Helmuth Trischler:</i>	
Gewerkschaftliche Sozialreform und bürgerliche Sammlungspolitik. Die Volksversicherung im Wilhelminischen Deutschland	618
<i>Gustav Schmidt:</i>	
Die Position und Rolle Deutschlands in regionalen und internationalen Strukturen von der Jahrhundertwende bis zur Weltwirtschaftskrise	634
<i>Margit Szöllösi-Janze:</i>	
Von der Mehlmotte zum Holocaust. Fritz Haber und die chemische Schädlingsbekämpfung während und nach dem Ersten Weltkrieg	658
<i>Johannes Paulmann:</i>	
Auswanderung und Emigrationsförderung in der Zwischenkriegszeit. Zur sozialpolitischen Dimension des britischen Empire	683
<i>Gerald D. Feldman:</i>	
From Crisis Creation to Work Creation. Government Policies and Economic Actors in the Great Depression	703

Inhalt

Karin Hausen:

Die Sorge der Nation für ihre „Kriegsopfer“. Ein Bereich der Geschlechterpolitik während der Weimarer Republik 719

Carl-Ludwig Holtfrerich

Methods for Calculating the Net International Investment Position of Germany During the Weimar Republic 740

Merith Niehuss:

Verhinderte Frauenarbeit? Arbeitsschutzmaßnahmen für Frauen in den 1950er Jahren 750

Karl H. Metz:

Niedergang und Aufstieg der zwei Nationen. Entwicklung und Krise des britischen Wohlfahrtsstaates im 20. Jahrhundert 765

Hans-Ulrich Wehler:

Die Gefährdung des Sozialstaats durch Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit 778

Hans Günter Hockerts:

Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur 790

Wolfram Fischer:

Politische versus ökonomische Vernunft. Wirtschafts- und währungspolitische Entscheidungen im deutschen Einigungsprozeß 805

Ernst Schulin:

Zur Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Versuch eines Überblicks 831

Anhang

Gerhard A. Ritter – Bibliographie 849

Verzeichnis der Dissertationen und Habilitationen unter Betreuung durch Gerhard A. Ritter 859

Die Mitarbeiter der Festschrift 865

Abkürzungsverzeichnis

(Weitere benutzte Abkürzungen werden in den einzelnen Beiträgen erläutert.)

ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AdR	Akten der Reichskanzlei
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
APSR	American Political Science Review
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
ECHR	Economic History Review
GG	Geschichte und Gesellschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HZ	Historische Zeitschrift
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung
JCH	Journal of Contemporary History
JGVVW	Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich
JNÖS	Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik
LThK	Lexikon für Theologie und Kirche
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung
NPL	Neue Politische Literatur
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGG	Die Religion in Geschichte und Gegenwart
SdVfs	Schriften des Vereins für Sozialpolitik
SP	Soziale Praxis
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VSWG	Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur

VON HANS GÜNTER HOCKERTS

Mit Blick auf die Geschichte der west- und mitteleuropäischen Demokratien nach dem Zweiten Weltkrieg hat Gerhard A. Ritter die legitimatorische Bedeutung der Sozialpolitik hervorgehoben: Hier sei „die ältere macht- und nationalstaatliche Legitimierung politischer Herrschaft durch eine sozialstaatliche ergänzt“ worden.¹ Dabei verwendet Ritter den Sozialstaatsbegriff in einem Sinne, der das Konzept sozialer Sicherheit aufs engste mit freiheitlichen Interaktionsformen in Staat und Gesellschaft verbindet. Mit diesem Kriterium grenzt er den Sozialstaat sowohl von der älteren Tradition der „bürgerliche Freiheiten beschränkenden paternalistischen Wohlfahrt absolutistischer Staaten“ ab, als auch von modernen Diktaturen, die sich zwar sozialstaatlicher Elemente bedienen, den Sozialstaat aber um wesentliche Elemente wie die „Selbstregulierung sozialer Kräfte“ verkürzen. So werde die im Konzept der sozialen Sicherheit latent angelegte Gefahr der Entmündigung dominant und der Sozialstaat „zur verschärften sozialen Kontrolle über den einzelnen oder als Mittel zur Steuerung der Gesellschaft von oben mißbraucht“.²

Der folgende Beitrag greift die Frage nach der Herstellung von Legitimation durch Sozialpolitik auf und richtet sie an die Geschichte eines Staates dieses zuletzt genannten Typs. Die Partei- und Staatsführung der DDR verfügte über ein „Angebotsmonopol sozialer Leistungen“,³ das sie sehr weitgehend zur sozialen Kontrolle und Steuerung in dem von Ritter gekennzeichneten Sinne einsetzte. Zugleich aber konnte ein solches Monopol genutzt werden, um den Legitimitätsanspruch der Diktatur der SED zu unterstützen. Diese konnte sich nicht als „Herrschaft durch das Volk“ rechtfertigen, was – im Sinne demokratischer Verfaßtheit – institutionelle Offenheit für die Formierung und Artikulation unterschiedlicher Ideen und Interessen vorausgesetzt hätte; die SED verschob die Legitimationsproblematik vielmehr auf die Vorstellung einer „Herrschaft für das Volk“.⁴ Bei der Wahl der Kriterien, über die sich der Anspruch bewähren sollte, daß „alles zum Wohle des Volkes“ geschehe, griff die SED im Verlaufe der Zeit immer mehr in das Arsenal der Sozialpolitik. Dies wird im folgenden zunächst am Beispiel der Karriere des Sozialpolitikbegriffs gezeigt, der vom Rand ins Zentrum der parteioffiziellen Strategie-Sprache gelangte (I). Sodann wird erörtert, warum die Parteiherrschaft die Zustimmung der Bevölkerung in steigendem, zuletzt ganz entscheidendem Maße über sozialpolitisch vermittelte Leistungen zu erreichen suchte (II). Schließlich folgen einige Überlegungen zur Frage, warum die sozialpolitischen Stützpfeiler den Kollaps des Regimes nicht verhindert haben, obgleich ihnen – zumal in der verklärenden Erinnerung der „Vereinigungsverlierer“ – die vergleichsweise größte Stärke zugerechnet wird (III).

I

Im Dezember 1946 verabschiedete das Zentralsekretariat der SED „Sozialpolitische Richtlinien“. Das Dokument war noch von gesamtdeutscher Rücksichtnahme geprägt und maßgeblich von einem Praktiker verfaßt, der aus der älteren sozialdemokratischen Tradition der Krankenkassen-Selbstverwaltung stammte.⁵ Beide Umstände mögen dazu beigetragen haben, daß der Begriff „Sozialpolitik“ noch ganz selbstverständlich benutzt wurde, um Aufgabengebiete wie Arbeitsrecht und Sozialversicherung, Gesundheits-, Familien- und Wohnungsfürsorge zusammenzufassen und auf nachkriegsspezifische Problemlagen (besonders der Vertriebenen und Heimkehrer) auszudehnen. Mit der Gründung der DDR und dem im Juli 1952 verkündeten „planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ ging diese Selbstverständlichkeit zumindest auf der Ebene programmatischer Deklarationen verloren. Es ist sogar die These vertreten worden, daß nach der Verabschiedung der Richtlinien „der Begriff Sozialpolitik für etwa 15 Jahre nahezu vollständig aus dem offiziellen Sprachgebrauch von Wissenschaft und Politik“ der DDR verschwunden sei.⁶ Bis in die späten fünfziger Jahre habe die politische Führung es vorgezogen, den Begriff „zu tabuisieren“ und ihn danach noch bis 1967 eher vermieden.⁷

Tatsächlich ist in der Frühgeschichte der DDR eine gewisse Hemmung gegenüber diesem Begriff zu beobachten, allerdings nur bei ideologisch besonders fixierten Köpfen. Sie sahen den historischen Ort dieses Begriffs in den Klassenkampfbedingungen des Kapitalismus: in der freien Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren durch die Herren des Kapitals und der daraus entstehenden Existenzunsicherheit des Proletariats. „Sozialpolitik“ erschien dann als eine Art Lazarettstation, wo in gegenrevolutionärer Absicht an den Symptomen der nur revolutionär aufzuhebenden Existenzunsicherheit herumkuriert werde. Es wurde der westdeutschen Seite zugerechnet, diese als reaktionär gebrandmarkte Traditionslinie weiterzuführen. Hingegen könne in der DDR – unter den Bedingungen des Sozialismus, dessen gesamte Politik „der Sorge um den Menschen“ gelte – eine ‚soziale Frage‘ erst gar nicht entstehen, die mit einer besonderen ‚Sozialpolitik‘ bearbeitet werden müßte.

Als eine 1965 vorgelegte Leipziger Habilitationsschrift daran ging, theoretische Grundlagen einer „sozialistischen Sozialpolitik“ auszuarbeiten, resümierte sie solche Ansichten, um über sie hinauszuführen. Die – zufällig mit Ulbricht namensgleiche – Verfasserin monierte, daß die „Notwendigkeit oder auch die Existenz einer sozialistischen Sozialpolitik“ in der DDR lange Zeit „verneint“ worden sei, obgleich „ihre praktische Handhabung“ seit Kriegsende das Gegenteil bewiesen habe. Um die „soziale Sicherheit der breiten Masse der Bevölkerung“ zu gewährleisten, seien eben auch im Sozialismus „spezifische Maßnahmen“ erforderlich. Dafür biete sich die Bezeichnung Sozialpolitik durchaus an, zumal die Umwälzung der Produktionsverhältnisse die Gefahr ausschließe, daß damit „reaktionäres Gedankengut“ aufgewärmt werde. Etwas zwiespältig vermerkt die Schrift, theoretische Vorbehalte gegenüber einer besonderen ‚Sozialpolitik‘ im Sozialismus seien „noch weit verbreitet“, aber für „die praktische Tätigkeit“ sei der Terminus „Sozialpolitik“ längst Allgemeingut in der DDR.⁸

Blättert man in DDR-Fachzeitschriften der fünfziger Jahre, so begegnet der Begriff „Sozialpolitik“ durchaus häufig.⁹ Er war im Sprachgebrauch der Praktiker fest verwurzelt, und diese schützten sich mit einer stehenden Redewendung vor dem Reaktionsverdacht: Da „die Sozialpolitik eines Staates von der wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption bestimmt“ werde, sei ‚echte‘ Sozialpolitik nur im Sozialismus möglich, während es z. B. „im Adenauer-

Staat keine echte soziale Sicherheit“ geben könne.¹⁰ Der Begriff wurde im zwischenstaatlichen Verkehr verwandt¹¹ und ging 1957 auch in die Bezeichnung eines Ausschusses der Volkskammer ein.¹² Daß „bis 1971“ in der DDR „offiziell nicht von Sozialpolitik gesprochen“ worden sei, läßt sich daher keinesfalls sagen;¹³ richtig ist nur, daß die parteioffizielle Terminologie den Begriff in den fünfziger Jahren wegen Unsicherheiten in der ideologischen Einordnung vermieden hat.

Das änderte sich im Verlaufe der sechziger Jahre in zeitlicher Koinzidenz mit der Phase der Wirtschaftsreformen, die 1963 unter dem Titel „Neues Ökonomisches System“ eingeleitet wurde. Daß dabei auch ursächliche Zusammenhänge bestehen, ist evident (wenn auch im einzelnen noch zu gewichten). Denn sowohl das Experimentieren mit „Hebeln der persönlichen materiellen Interessiertheit“, als auch das Bestreben, das Niveau und die Komplexität der gesellschaftlichen Planungs- und Lenkungsmethoden zu steigern, gab sozialpolitischen Rationalitätskriterien zusätzliches Gewicht.¹⁴ Vor allem die Gewerkschaften bemühten sich nun um den Aufbau theoretischer und institutioneller Grundlagen einer „sozialistischen Sozialpolitik“. So entstanden an der Gewerkschaftshochschule in Bernau ein „Institut für Sozialpolitik“ (1963) und eine Sektion „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (1968). Auf Bundesvorstandsebene richtete der FDGB eine Abteilung „Sozialpolitik“ ein und auf der Ebene der Kreisvorstände „Kommissionen für Sozialpolitik“ (1965).¹⁵

Das vom VI. Parteitag 1963 verabschiedete Parteiprogramm der SED definierte das „Zeitalter des Sozialismus“ auch als ein solches der „sozialen Sicherheit“, bediente sich der Vokabel „Sozialpolitik“ aber erst noch beiläufig.¹⁶ Vier Jahre später, auf dem VII. Parteitag 1967, war das anders: Erstmals in der Parteitagsgeschichte widmete Walter Ulbrichts programmatisches Referat der „Entwicklung der Sozialpolitik“ einen gesonderten – wenn auch noch tief im Schatten wirtschaftspolitischer Prioritäten stehenden – Abschnitt.¹⁷ Die generelle Aufgabe der Sozialpolitik sah er darin, „solche Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen, die der Entwicklung aller Bürger und der Erhaltung und Förderung der Arbeitskraft dienen“. Konkret gehe es künftig vor allem um die „Förderung der Familie“, um eine bessere Sicherung derer, die wegen Krankheit oder Alter nicht am Arbeitsprozeß teilnehmen und um die „Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Betrieb“. Auch in die 1968 unter Ulbrichts Auspizien verabschiedete Verfassung der DDR hielt der Begriff Einzug: Eine „umfassende Sozialpolitik“ solle helfen, jedem Bürger der DDR „das Recht auf Schutz seiner Gesundheit und seiner Arbeitskraft“ zu gewährleisten (Art. 35).

Der VIII. Parteitag der SED, der 1971 mit der Ablösung Ulbrichts durch Honecker einherging, galt in der DDR-eigenen Historiographie als eine besonders tiefgreifende Zäsur. Dabei bestand Weisung oder Neigung, die Elemente der Veränderung überzubetonen, um den Auftakt der „Ära Honecker“ in ein vorteilhaftes Licht zu rücken und insbesondere auch die ungeliebte Person des Vorgängers in den Hintergrund zu drängen.¹⁸ Tatsächlich herrschte in entscheidenden Fragen eher Kontinuität als Wandlung. Auch die auf diesem Parteitag beschlossene und dann bis zum Untergang der Republik immer wieder deklamatorisch bekräftigte „Hauptaufgabe“ bestand aus altvertrauten Versatzstücken der Ära Ulbricht – nämlich die

„weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Vqlkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlichen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“.

Aber Honecker verband seinen Einstand als Parteichef mit einem kräftigen Akzent auf dem ersten Teil der „Hauptaufgabe“ – der „Erhöhung des Lebensniveaus“. Das war eine Absage an die einseitige Forcierung von Investitionen zu Lasten des Konsums, an eine Prioritätensetzung also, mit der Ulbricht der ostdeutschen Staatsgründung zunächst eine schwerindustrielle Basis nachgeliefert und dann den technologischen Anschluß an die Weltspitze gesucht hatte. Um 1970 erschien dieser Kurs doppelt revisionsbedürftig: Im ökonomischen Gefüge waren „Disproportionen“ in einem Ausmaß entstanden, das das weitere Wachstum schwer gefährdete; und Ulbrichts Entschlossenheit, dem Volk „Opfer“ für die „wissenschaftlich-technische Revolution“ abzuverlangen und als „Konsumentenideologie“ zu bekämpfen, was sich dem nicht füge, war alles andere als populär.¹⁹ Von einer solchen Vertröstung der Gegenwart auf die lichten Höhen der Zukunft wandte die Führungsgruppe um Honecker sich nun geradezu demonstrativ ab: Produktionsfortschritte müßten „rascher und stärker als zuvor“ den Werktätigen zugutekommen; es müsse deutlich werden, „daß sich angestrengte Arbeit tatsächlich auf das Lebensniveau der Bevölkerung nicht erst in ferner Zukunft, sondern bereits unmittelbar auswirkt“.²⁰ Im Rahmen dieser Hinwendung zu den Massenbedürfnissen der Gegenwart gewann „Sozialpolitik“ eine viel höhere Bedeutung als bisher – in der politischen Praxis ebenso wie in der parteioffiziellen Sprachregelung.

Honecker selbst drängte darauf, das vom VIII. Parteitag vorsichtig skizzierte „sozialpolitische Programm“ früher als ursprünglich vorgesehen und in größer dimensionierten Gesetzespaketen zu realisieren. Das geschah 1972/73 in der neuen Form „gemeinsamer Beschlüsse“ des ZK der SED, des Bundesvorstands des FDGB und des Ministerrates der DDR, womit sowohl die Bedeutung des Aktionsfelds als auch die nahtlose Übereinstimmung von Partei, Gewerkschaften und Staatsmacht hervorgehoben werden sollte. Der Regelungsschub betraf die Renten und andere Transferleistungen, die medizinische Betreuung und den Feriendienst, vor allem aber die Wohnverhältnisse und die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit. Hiermit wurde eine sozialpolitische Schwerpunktverlagerung eingeleitet, die bis zum Ende der Ära Honecker wirksam blieb.²¹ Neben der Reorganisation der Sozialversicherung hatten bisher gesundheits-, bildungs- und beschäftigungspolitische Ziele im Vordergrund gestanden; künftig expandierte das Sozialleistungssystem am stärksten im wohnungs- und bevölkerungspolitischen Zusammenhang. Mit einem berühmt gewordenen ZK-Beschluß von Oktober 1973 verpflichtete sich die Partei, „die Wohnungsfrage“ bis 1990 „als soziales Problem zu lösen“; seither galt der Wohnungsbau – bis zuletzt – als das „Kernstück des sozialpolitischen Programms der SED“. Etwa gleichzeitig beschloß das Politbüro die Bildung eines „Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demographie“. Der Wunsch, die Effizienz sozialpolitischer Interventionen durch wissenschaftliche Beratung zu steigern, kommt darin deutlich zum Ausdruck, ebenso der neue bevölkerungspolitische Akzent, der die pronatalistischen Züge der Sozialpolitik verstärkte.²² Immer aufwendigere Anstrengungen wurden seither unternommen, um zwei widerstreitende Ziele – maximale Frauenerwerbsquote und hohe Geburtenrate – miteinander zu verbinden.

Daß in den frühen siebziger Jahren eine Periode sozialpolitischer Verbesserungen begann, ist nicht allein aus der Binnengeschichte der DDR zu erklären. So beugte die SED auch einem Überspringen der polnischen Arbeiterunruhen vor, die ein halbes Jahr vor dem VIII. Parteitag an der Ostseeküste um sich gegriffen hatten.²³ Noch wichtiger aber dürfte der generelle Zusammenhang mit dem XXIV. Parteitag sein, den die KPdSU im März 1971 in Moskau hielt. Dort wurde die „Hauptaufgabe“ weitgehend identisch definiert, und der

Chefideologe der KPdSU sah die „historische Bedeutung“ dieses Parteitages darin, „daß er ein großzügiges Programm sozialer Maßnahmen vorgezeichnet“ habe.²⁴ Den Moskauer Impuls brachte Breschnew im Gespräch mit der SED-Führung auf die Formel, Chruschtschows Versuch, das ökonomische Tempo des Westens zu überholen, sei falsch gewesen; der Sozialismus müsse seine Stärken auf Prinzipien anderer Art beziehen, insbesondere das der „sozialen Sicherheit“.²⁵ Als Breschnews Protegé beim Wechsel an der Spitze der SED griff Honecker diese Korrektur an den überspannten Wirtschaftszielen der Chruschtschow-Ulbricht-Zeit bereitwillig auf, zumal sein Start als Parteichef somit in der populären Rolle eines sozialpolitischen Wohltäters erfolgen konnte.

In der vergangenen Fünfjahrplanperiode sei „das bisher größte sozialpolitische Programm in unserer Republik“ verwirklicht worden, bilanzierte Honecker voller Stolz auf dem IX. Parteitag 1976, und „starker, anhaltender Beifall“ belohnte ihn.²⁶ Der kräftige Schub sozialpolitischer Verbesserungen war nicht zuletzt als ein Ansporn zu „fleißiger Arbeit“ gedacht²⁷ und wirkte insofern wie ein Vorschub auf den zweiten Teil der „Hauptaufgabe“, der steigende Arbeitsproduktivität und schnelles Wirtschaftswachstum verlangte. Um die Mitte der siebziger Jahre verdüsterten jedoch weltweite Teuerung und mangelnde Effizienz die wirtschaftliche Perspektive. Daher stellte der IX. Parteitag zwar eine weitere Expansion sozialer Leistungen in Aussicht, machte sie nun aber umgekehrt von der Voraussetzung abhängig, daß erst deutliche Produktivitätsfortschritte realisiert sein müßten. Dabei stilisierte er die schlichte Einsicht, „daß nur das verbraucht werden kann, was vorher erarbeitet wurde“, zur „wichtigen Lebenserfahrung unseres Volkes“.²⁸

Im Vorfeld dieses um eine balancierende Korrektur bemühten Parteitags entstand jene Formel, die seit 1976 bis zuletzt die strategische Grundlinie zur Erfüllung der „Hauptaufgabe“ bezeichnete: „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.“ Diese Fusionierungsformel, die im herrschaftlichen Sprachritual zum „Markenzeichen des Sozialismus in der DDR“ (Günter Mittag) avancierte, ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Zunächst: Der in den Anfängen der DDR eher zurückhaltend benutzte Sozialpolitikbegriff war jetzt im Zentrum der parteioffiziellen Strategiesprache gelandet. Damit war die frühere Vorstellung endgültig preisgegeben, daß eine planmäßige Wirtschaftspolitik alle wesentlichen sozialen Fragen hinreichend lösen werde. Sodann: Um das Machtmonopol der Partei zu wahren, verweigerte die Einheitsformel jede eigenständige Entfaltung sozialpolitischer Institutionen nach je eigenen Rationalitätskriterien. Sie bekräftigte vielmehr den Anspruch der SED, so heterogene Zielbereiche wie ökonomische Effizienz und soziale Sicherheit durch eine einheitliche, zentral von oben gesteuerte Strategie verwirklichen zu können. Schließlich räumte diese Formel der Bevölkerung einen Anspruch auf eine Art Parallelität zwischen Fortschritten der Produktivität und Hebung des Lebensstandards ein. Das sollte im Sinne der mit dem VIII. Parteitag eingeschlagenen Linie motivierend und stimulierend wirken, zielte unter den gegebenen, widrigen Umständen aber vor allem darauf, überschießende Erwartungen zu dämpfen.²⁹

Genau dies mißlang aber. Große Teile der Bevölkerung reagierten auf den Parteitag so enttäuscht, daß eine Woche später ein aufwendiges Sozialpaket nachgeschoben wurde.³⁰ Offenbar hatten die sozialpolitischen Legitimierungsbestrebungen inzwischen einen Erwartungsdruck erzeugt, der seither – ungeachtet einzelner Versuche des Gegensteuerns – den Kurs der Partei immer stärker bestimmte: „Um die Bevölkerung bei Laune zu halten, war man bereit, mehr auszugeben, als man sich leisten konnte, und lebte so auf Kosten der Zukunft.“³¹ Als der ökonomische Niedergang der DDR sich in den achtziger Jahren beschleu-

nigte, machten die „sozialen Errungenschaften“ einen beträchtlichen Teil des hohen Preises aus, den die SED aus Gründen des Machterhalts zahlte: den Preis der Überkonsumtion, der in steigender Auslandsverschuldung und sinkenden Investitionen im produzierenden Bereich zum Ausdruck kam.³² Zwar muß davor gewarnt werden, die Überkonsumtion umstandslos der Sozialpolitik zuzurechnen; andere Bereiche wie die überdimensionierte Bürokratie und der „flächendeckend“ ausgeweitete Repressionsapparat trugen ebenfalls kräftig dazu bei. Aber zweifellos koppelte die SED auch einige Leistungsbereiche der sozialen Sicherung zunehmend von der Tragfähigkeit der DDR-Ökonomie ab.

Das zeigt sich besonders deutlich bei den Subventionen, mit denen die Preise für Güter des Grundbedarfs (wie Grundnahrungsmittel, Mieten, Verkehrstarife, Kinderbekleidung und dergleichen) „niedrig und stabil“ gehalten werden sollten. Diese Subventionierungskosten zogen seit Beginn der siebziger Jahre immer stärker an und nahmen 1989 ein Viertel der gesamten geplanten Staatsausgaben in Anspruch. In vieler Hinsicht waren die ökonomisch nachteiligen Primär- und Sekundäreffekte der hochsubventionierten Preise so evident, daß man 1988 sogar im „Neuen Deutschland“ lesen konnte, die immer häufiger zu hörenden Gegenargumente seien „ökonomisch völlig richtig“; gleichwohl sei der Entschluß der Parteilührung zu loben, aus sozialpolitischen Gründen „eisern“ daran festzuhalten.³³ Die SED hatte „niedrige und stabile Preise“ des Grundbedarfs so oft und demonstrativ als ein spezifisches Merkmal sozialistischer Sozialpolitik gepriesen und die Legitimität der eigenen Herrschaft inzwischen so stark auf Kriterien sozialpolitischer Art bezogen, daß sie sich nun gezwungen sah, daran auch um den Preis einer beschleunigten Talfahrt in den wirtschaftlichen Ruin festzuhalten.

II

„Legitimität“ im Sinne eines normativen Konsenses zwischen der herrschenden Partei und der Mehrzahl der Bevölkerung vermochte die marxistisch-leninistische Doktrin in der DDR niemals hinreichend herzustellen. Legitimitätsanspruch und Legitimitätsglauben klafften in dieser Hinsicht stets weit auseinander.³⁴ Um die Chancen ihres Fortbestandes auf eine verlässlichere Grundlage zu stellen als den brüchigen Glauben an die Wahrheit der Doktrin, baute die SED-Diktatur einerseits die Apparate der Repression und Überwachung immer weiter aus; andererseits suchte sie weitere Wertbezüge zu erwecken und zu pflegen, die Brücken zwischen Herrschaft und Bevölkerung schlagen konnten. Hierauf verweisen die bekannten Chiffren wie „Antifaschismus“, „Frieden“ oder „Erbe und Tradition der deutschen Geschichte“. Der Legitimitätsanspruch der SED-Herrschaft konnte auf diese Weise aber wohl nur kleineren Teilen der Bevölkerung wirksam und dauerhaft vermittelt werden.³⁵ Solche Werte waren in der Alltagserfahrung kaum verifizierbar; sie wurden von der Ideologie aufgesaugt und verblaßten wie diese im ritualisierten Leerlauf. So entstand viel Indifferenz, wenn die rigide Instrumentalisierung dieser Wertbezüge, die ja deutlich genug auf ein Kritikverbot an der zweiten deutschen Diktatur hinauslief, nicht sogar gegenteilige Reaktionen auslöste.

Erheblich stärker war offenbar das legitimatorische Potential der Sozialpolitik. Denn diese bezog sich auf Werte, die für größere Teile die Bevölkerung als „soziale Errungenschaften“ verifizierbar waren, und es spricht viel dafür, daß diese Werte in den 40 Jahren DDR eine relativ tragfähige Brücke, zeitweise sogar die stärkste Verbindung zwischen Herrschaft und

Volk gebildet haben. Dem entspricht, daß die SED-Herrschaft sich je länger umso mehr, zuletzt in ganz entscheidendem Maße über „Sozialpolitik“ zu legitimieren suchte. Dabei bürdete sie der Sozialpolitik Kompensationslasten auf, um auf diese Weise Legitimationsmängel auszugleichen, die sich in anderen Bereichen der DDR auf türmten.³⁶

Das gilt erstens für die politische Grundordnung selber, deren mangelnde demokratische Legitimität einen permanenten Aufwand an Rechtfertigungen anderer Art erforderlich machte.³⁷ Die Sozialpolitik hatte diesen Druck kompensatorisch aufzufangen und mittels „sozialer Sicherheit“ politische Partizipationsansprüche stillzustellen.³⁸ Kompensationsbedarf ergab sich zweitens aus der mangelhaften ökonomischen Effizienz der SED-Herrschaft. Zwar war die Grundversorgung im allgemeinen gesichert, aber höhere und wachsende Ansprüche erfüllte die DDR-Wirtschaft notorisch unzureichend. Erst recht verfehlte sie das als ein Grundanliegen des Marxismus-Leninismus herausgestellte Ziel, eine höhere Produktivität und Effektivität als „der Kapitalismus“ zu erreichen. Vielmehr konnte die DDR-Wirtschaft allenfalls im Vergleich mit den ökonomisch noch schwächeren RGW-Staaten günstig abschneiden, während sie gegenüber dem Westen in einen großen und wachsenden Rückstand geriet – insbesondere auch in der Arbeitsproduktivität.³⁹ Hier entstanden Legitimierungsnöte, die den Kern der Ideologie bedrohten, denn Lenins sakrosankter „Lehre von der Arbeitsproduktivität“ zufolge mußte die Überlegenheit eines neuen Gesellschaftssystems sich ja gerade an der höheren Arbeitsproduktivität erweisen. Auch in dieser Hinsicht bot sich der kompensatorische Weg an: Mit der Sozialpolitik verrechnet, konnte die ökonomische Effizienzschwäche in einem günstigeren Licht erscheinen. Wenn nichts anderes mehr stach, blieb immer noch die werbende Evidenz der fehlenden Arbeitslosigkeit.

Drittens ist die Sonderlage der deutschen Teilung hervorzuheben, denn sie trieb die Legitimierungsnöte der SED über das im Hegemonialbereich der Sowjetunion systembedingt übliche Maß hinaus. Anders als etwa Polen war die DDR nicht oder nur in schwachen Ansätzen in der Lage, sich auf die „Nation“ als eine von der Qualität der politischen Ordnung ablösbare, sekundäre Legitimation zu beziehen. Noch gravierender wirkte es sich aus, daß die meisten Bürger der DDR sich den anderen Teil Deutschlands unablässig als „Vergleichsgesellschaft“ vor Augen führten. Das wirkte auf die Verhältnisse in der DDR „entlegitimierend und destabilisierend“.⁴⁰ Um so bedeutsamer wurde die Frage nach der Selektion der Kriterien, über die sich der Überlegenheitsanspruch des SED-Staats bewähren sollte, denn je nach der Wahl der Kriterien konnte die DDR den Härte- und Dauertest des innerdeutschen Vergleichs besser oder schlechter bestehen. Zu den Feldern, auf denen die SED sich hohe Vergleichstauglichkeit zurechnete, gehörte die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus: Vor allem in den frühen sechziger Jahren unternahm sie daher konzentrische, offenbar auch vor Fälschungen nicht zurückschreckende Kampagnen zur Diskreditierung der Bundesrepublik.⁴¹ Aber auf die Dauer waren es doch wieder in erster Linie sozialpolitische Mittel, mit denen die SED ihr Bewährungsfeld abzustecken suchte; mehr und mehr bemühte sie sich, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung in den innerdeutschen Konkurrenzbeziehungen auf dieses eine Feld zu konzentrieren.⁴²

Die Suche der SED nach Legitimationsgeltung durch Sozialpolitik ist wohl vor allem in diesen drei Zusammenhängen zu sehen. Freilich ergaben sich im Verlaufe der vierzigjährigen DDR-Geschichte einige charakteristische Akzentverschiebungen. Solange in der Ära Ulbricht noch die optimistische Prognose galt, daß die ostdeutsche Wirtschaft ihr westdeutsches Gegenstück binnen weniger Jahre überholen werde,⁴³ war die kompensatorische Funktion der Sozialpolitik, soweit sie die ökonomische Effizienzschwäche der DDR betraf, noch nicht

so stark ausgeprägt wie später. Und solange die SED sich als die führende Kraft im Kampf um nationale Einheit präsentierte – was zu dem Nachweis zwang, daß die Politik der DDR „den Lebensinteressen und nationalen Interesse des *ganzen* deutschen Volkes“ entspreche⁴⁴ – standen die „sozialen Errungenschaften“ noch in einem offensiven Kontext, der später weitgehend bedeutungslos wurde.

„Unsere Sozialversicherung – das Vorbild für ganz Deutschland“ – auf diesen Tenor waren in den fünfziger Jahren zahlreiche Verlautbarungen gestimmt.⁴⁵ Dementsprechend betonte Ulbricht, als er 1963 den Bericht des Zentralkomitees vor dem Forum des VI. Parteitag verlas, es sei „eine in der ganzen Welt bekannte und anerkannte Tatsache“, daß die DDR das „imperialistische Westdeutschland“ unter anderem in der Sozialversicherung und im Gesundheitswesen „seit langem eindeutig überholt“ habe.⁴⁶

Interne Akten – beispielsweise sei hier das erst nach der Wende entspernte Protokoll eines ZK-Plenums von März 1956 vorgestellt – bestätigen solche offensiven Ambitionen. So liebäugelte Ulbricht mit der Einführung des 7-Stunden-Tages im Verlaufe des zweiten Fünfjahrplans, was „eine ungeheure politische Bedeutung in ganz Deutschland“ haben werde. Das Protokoll zeigt aber auch, wie sehr die SED sich ihrerseits durch den Ausbau der Bundesrepublik zum Sozialstaat unter Druck gesetzt sah. Damals brachten die Vorbereitungen zur Rentenreform, die der Bundestag 1957 verabschiedete, das ZK der SED in Zugzwang.⁴⁷ Im Unterschied zu Funktionären, die darauf drängten, rentenpolitisch möglichst gleichzuziehen, betonte Ulbricht, daß die DDR sich eine so aufwendige Struktur-Reform der Rentenversicherung wie sie „aus demagogischen Gründen“ in Westdeutschland angekündigt sei, ökonomisch auf absehbare Zeit nicht leisten könne. Man müsse also vorsichtig agieren, auch wenn das „uns vorübergehend einige Schwierigkeiten machen“ könne.⁴⁸ Tatsächlich erhöhte die Volkskammer die Renten nur in einem gewissen Maß, während das ZK die Frage einer tiefgreifenden Reform mit einer konditional gewundenen Grundsatzerklärung auf die Zukunft verschob. Wie stark diese Vorgänge in der Bevölkerung beachtet wurden, läßt sich in und zwischen den Zeilen sozialpolitischer Fachzeitschriften der DDR lesen. In der Bevölkerung werde die Rentenfrage lebhaft diskutiert, hieß es im Oktober 1956. Dabei stelle man Vergleiche mit Westdeutschland an und komme oft zu „falschen Schlußfolgerungen“. Es gebe „wohl gegenwärtig kein Problem, das in unserer Republik so diskutiert wird“, hieß es im November 1956, wie die Frage der Veränderung des Rentengefüges.⁴⁹

Die Sozialpolitik verlor ihren deutschlandpolitisch offensiven Charakter spätestens 1970/71, als die parteioffizielle Ideologie die Vorstellung einer gemeinsamen „deutschen Nation“ verwarf und zur forcierten „Abgrenzung“ der beiden deutschen Staaten überging. „Soziale Sicherheit“ diente seither der Binnenlegitimierung der „sozialistischen Nation“, die sich der neuen Sprachregelung zufolge in der DDR herausbildete. Dies fiel mit Honeckers strategischer Entscheidung zusammen, im Rahmen der „Hauptaufgabe“ die „unmittelbaren Interessen der Massen“ stärker zu berücksichtigen, oder anders gesagt: die in der Ulbricht-Ära verschlissene Utopie des Noch-Nicht durch Erfolgsnachweise im Hier und Heute zu ersetzen. Die 1973 aufkommende Formel vom „real existierenden Sozialismus“ kennzeichnet diesen Perspektivenwechsel: Die SED-Herrschaft verschob die Maßstäbe der eigenen Rechtfertigung auf die in der Gegenwartsgesellschaft realisierbaren Nahziele, wobei das Aktionsfeld der Sozialpolitik die vergleichsweise größten Chancen auf positive Resonanz bot. Auf dieses Feld sah die SED sich um so stärker gedrängt, als einige Argumentationen leer liefen, mit denen sie ihr Machtmonopol in früheren Phasen gerechtfertigt hatte. Das gilt für Begründungen wie die angeblich notwendige Verschärfung des Klassenkampfes im Innern, was nach dem

weitgehenden Abschluß der Enteignungen und Kollektivierungen anachronistisch war; das gilt auch für das Szenario einer militärischen Bedrohung durch den „Imperialismus“, was in der Phase der Entspannung und des Durchbruchs zur internationalen Anerkennung der DDR kaum noch auf Plausibilität stieß.⁵⁰ Vielmehr geriet die DDR nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki (1975) unter einen internationalen Druck anderer Art, den sie wiederum teilweise sozialpolitisch aufzufangen suchte: Den im KSZE-Prozeß von westlicher Seite angemahnten Menschenrechten setzte die DDR ein um wesentliche Grundfreiheiten verkürztes Verständnis sozialer Rechte entgegen.

Der Aufstieg der Sozialpolitik zur zentralen Legitimationsquelle spiegelt sich in einer rhetorischen Figur, die sich unablässig durch die parteioffiziellen Verlautbarungen der Ära Honecker zog. Gemeint ist die Kontrastierung der sozialen Sicherheit, die in der DDR gewährleistet sei, mit den Krisenerscheinungen der westlichen Welt. So rief – um nur einige Beispiele zu geben – Erich Honecker auf dem X. Parteitag 1981 aus, daß „im Sozialismus und nur im Sozialismus soziale Sicherheit herrscht“. Die Delegierten brachen hier in den erwarteten „anhaltenden, starken Beifall“ aus.⁵¹ Im theoretischen Organ der Partei hatte man zuvor über die „soziale Sicherheit“ lesen können: „Im Sozialismus gibt es sie, im Kapitalismus nicht.“⁵² In steter Folge, mit nur wenig variierenden Formulierungen, wiederholte dieses Sprachrohr des ZK der SED, daß in „wachsender sozialer Sicherheit auf der einen und zunehmender sozialer Unsicherheit auf der anderen Seite“ das gegensätzliche Wesen von Sozialismus und Kapitalismus erkennbar sei.⁵³ Mit der Autorität des Chefideologen hob Kurt Hager 1983 hervor: „Soziale Sicherheit, von den Werktätigen erlebt und auch durch die politisch-ideologische Arbeit bewußtgemacht, wird als sichtbarster Vorzug des Sozialismus erkannt.“⁵⁴

Es fällt auf, daß der ohnehin stark positiv besetzte Begriff „soziale Sicherheit“ seit Mitte der siebziger Jahre durch den Begriff der „Geborgenheit“ noch ergänzt und überboten wurde. Zur Bezeichnung der Lebensverhältnisse in der DDR nahm die Formel „soziale Sicherheit und Geborgenheit“ seither einen steilen Aufstieg in der Verlautbarungssprache; sie fand auch Eingang in den Text von Plandirektiven und Gesetzen, wie z. B. in das 1977 verabschiedete Arbeitsgesetzbuch. Diese Terminologie wirft ein besonders erhellendes Licht auf die Art der beanspruchten Legitimität. In Gesellschaften mit frei konkurrierenden Kräften bildet sich Legitimität weitgehend über Institutionen und Verfahren, die den politischen Prozeß offenhalten; die Austragung von Konflikten wird daher nicht unterdrückt, sondern auf eine verfahrensmäßig gesicherte Grundlage gestellt. Hingegen verweist „Geborgenheit“ auf ein harmonistisches Modell sozialer Beziehungen: Auf die gesamte Gesellschaft übertragen, unterwirft es die Bevölkerung der Fiktion einer emotionalen Vergemeinschaftung, um die Gefahr der Negation zu unterlaufen und das Denken in Alternativen auszuschließen.⁵⁵ Der „Geborgenheit“ entspricht Dankbarkeit – und diese hat die SED-Führung sich in allen Medien, einschließlich der bei Massenaufmärschen mitgeführten „Sichtelemente“, reichlich entgegenbringen lassen. Soweit die von ihr beanspruchte Legitimität sozialpolitisch vermittelt war, beruhte sie auf dem Austausch von Fürsorge und Gehorsam.⁵⁶ Allgemeiner gesagt: Die zweite deutsche Diktatur versprach soziale Geborgenheit um den Preis der Fügsamkeit und des Verlusts von Konfliktfähigkeit.⁵⁷

Ernst Fraenkel schrieb 1960, Deutschlands historischer Beitrag zur Entwicklung des Staats- und Gesellschaftstyps der „westlichen Demokratie“ liege im „Gedanken der sozialen Geborgenheit“. Dem ist Gerhard A. Ritter im notwendigen Maße entgegengetreten, indem er die republikanisch-demokratische Wurzel deutscher Sozialpolitik deutlich von obrigkeitsstaat-

lich-paternalistischen Traditionslinien abhob: Für diese sei gerade nicht die Übernahme westlich-demokratischer Ideen kennzeichnend, vielmehr die Anknüpfung an die „voremanzipatorische ältere Idee der Fürsorge für den gehorsamen Untertanen“.⁵⁸ Man wird die Sozialpolitik der DDR teilweise in der Kontinuität dieser Tradition „autoritärer Sozialstaatlichkeit“⁵⁹ oder paternalistischer Herrschaftsbeziehungen⁶⁰ sehen können. Erhebliche Effekte dieser Politik – wie z. B. die sehr hohe Steigerung der Frauenerwerbsquote – waren aber in Absicht und Wirkung antitraditionalistisch. Generell ist hervorzuheben, daß sich erst im Zusammenhang mit den revolutionären und totalitären Elementen der SED-Herrschaft die Funktionsbedeutung des Einsatzes obrigkeitstaatlicher Mittel erschließt – wozu auch ein abgestuftes Privilegiensystem und das noch mit den Schlacken der Untertanenbitte behaftete Petitionswesen, das in der DDR weit verbreitet war, zu zählen sind.

III

Eine 1987 in einigen Industrieregionen der DDR unternommene oral-history-Erkundung hat ergeben, daß die soziale Sicherung „ganz überwiegende Anerkennung“ gefunden habe.⁶¹ Hervorgehoben wurde vor allem die Arbeitsplatzsicherheit, die drastische Subventionierung der Mieten, der Verkehrstarife und einiger Grundnahrungsmittel sowie das unentgeltliche Gesundheitswesen, in geringerem Maße der Wohnungsbau. Tatsächlich dürfte die Wahrnehmung „sozialer Errungenschaften“ eine der wichtigsten Stabilitätsstützen des SED-Staats gewesen sein. Auch die Tendenz zur Idealisierung der ehemaligen DDR, die heute von „Vereinigungsverlierern“ vorangetrieben wird und angesichts der schweren Arbeitsmarktkrise in den neuen Bundesländern erheblichen Widerhall findet, bezieht sich in ganz entscheidendem Maße auf die soziale Absicherung. In der Rangskala von Vorzügen, die der DDR in der demoskopisch ermittelten Erinnerung ihrer ehemaligen Bürger zugerechnet werden, nehmen heute die Sicherheit des Arbeitsplatzes und das flächendeckende Netz von Kinderbetreuungseinrichtungen, mit dem der Staat die Berufstätigkeit der Mütter förderte, die Spitzenwerte ein.⁶²

Aber „nicht einmal, nicht zweimal, sondern dreimal hintereinander ist der Sozialismus, und auch der ‚dritte Weg‘, 1990 in der DDR abgewählt worden“⁶³. Das zeigt, wie unzulässig es wäre, die legitimatorische Wirkung der Sozialpolitik in der Herrschaftsgeschichte der DDR zu überschätzen. Offenbar entwickelte die Bevölkerung ein überwiegend pragmatisches Verhältnis zu den sozialpolitischen Angeboten – oft als reine Kosten-Nutzen-Rechnung, was die interessengeleitete Hinnahme der Herrschaft fördern konnte, ohne den ideologisch-normativen Konsens zu gewährleisten.⁶⁴ Insofern blieb die sozialpolitisch vermittelte Zustimmung auf bestimmte Leistungsbereiche der SED-Diktatur begrenzt und übertrug sich nicht auf das politische Gesamtsystem. Die „sozialen Errungenschaften“ wurden angenommen und genutzt; als herrschaftslegitimierende Stützpfiler waren sie aber nicht stark genug, um die Kompensationslast zu tragen, die ihnen, wie oben dargelegt, in dreifacher Hinsicht aufgebürdet war.

Hinzu kommt, daß Anspruch und Wirklichkeit auf dem Feld der „sozialen Errungenschaften“ teilweise stark auseinanderklafften, so daß diese Stützpfiler selber morsche Stellen zeigten. Am meisten fiel dies bei dem Widerspruch ins Auge, der zwischen dem Wohnungsbau als „Kernstück des sozialpolitischen Programms der SED“ einerseits, dem galoppierenden Verfall von Bausubstanz vor allem in Klein- und Mittelstädten, aber auch in großstädti-

schen Kerngebieten andererseits bestand. Sehr spürbar waren auch Mängel in der Qualitätsentwicklung des Gesundheitswesens. Das gilt vor allem für die bauliche Substanz, die medizinisch-technische Ausstattung und die Medikamentenversorgung.⁶⁵ Die Gesamtheit der Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich war so ungünstig, daß die relativ meisten Übersiedler im Massenexodus 1989 aus diesem Bereich kamen.⁶⁶ Ganz unbefriedigend verlief die Rentenentwicklung, die es erlaubt, von einer relativen Verelendung eines großen Teils der Rentenhaushalte zu sprechen. Auf die ältere Generation wirkte sich die Vernachlässigung produktionsferner Lebenslagen im Sozialleistungssystem der DDR ebenso nachteilig aus wie die immer stärkere pronatalistische Orientierung der finanziellen Transferleistungen und der sozialen Dienste. Offenbar hat die sehr ungleichmäßige Berücksichtigung der Generationen dazu beigetragen, daß die Sozialpolitik der DDR sich teilweise vom Integrationsinstrument zum gesellschaftlichen Zankapfel verwandelte.⁶⁷

Das „eiserne“ Festhalten an der Subventionierung von Preisen des Grundbedarfs erlaubt ebenfalls kritische Rückfragen an die Effizienz des Sozialleistungssystems: Die personenbezogenen Transfers waren im Durchschnitt so niedrig, daß die produktgebundene Subventionierung selbst um den Preis volkswirtschaftlich eindeutig negativer Primär- und Sekundäreffekte unentbehrlich schien. Hinzu kamen auch sozialpolitisch unerwünschte Nebenfolgen, denn die Finanzierung der Subventionen über hohe Preisaufschläge bei Konsumgütern anderer Art schloß die Empfänger niedriger Sozialeinkommen von weiten Bereichen des gehobenen Konsums geradezu aus.

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes galt und gilt weithin als die größte „soziale Errungenschaft“ der DDR. Das Fatale ist aber, daß diese Sicherheit sich nicht von den negativen Kehrseiten der Geschichte dieses Staates trennen läßt. Dazu zählt sowohl der Verlust von Freiheitschancen, der sich aus der Fusionierung politischer Herrschaft mit ökonomischer Macht im verstaatlichten Produktionssystem ergab, als auch die andauernde Effizienzschwäche der zentralistischen Planwirtschaft. Jürgen Kuczynski hat den entscheidenden Grund für die fehlende Arbeitslosigkeit wie auch für die sozialpolitisch vermittelte Steigerung der Erwerbsquote der Frauen im Rückblick treffend benannt: Die Ökonomie der DDR sei unter „Führung der Partei“ im Vergleich zum Westen so zurückgeblieben, daß „wir etwa doppelt so viele Arbeiter brauchten, um die gleiche Menge Waren – und oft noch in niedrigerer Qualität – herzustellen“.⁶⁸ Das erinnert an einen Befund, mit dem Günter de Bruyn ebenso pointiert wie treffend vor jedem verklärenden Rückblick auf die zweite deutsche Diktatur gewarnt hat: „Das viel berufene Erhaltenswerte aus der Hinterlassenschaft der DDR erweist sich bei näherem Hinsehen in der Regel als die Kehrseite des Verdammenswerten und schwindet also, wie die billigen Mieten mit der Bauinstandsetzung oder das häufigere Bücherlesen mit einer freien Presse, notwendigerweise mit diesem dahin.“⁶⁹

Anmerkungen

¹ Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, 2. Aufl., München 1991, S. 4. Zur These eines Herrschaftswandels vom National- zum Sozialstaat vgl. auch Horst Baier, *Herrschaft im Sozialstaat*, in: Christian v. Ferber/Franz-Xaver Kaufmann (Hg.), *Soziologie und Sozialpolitik*, Opladen 1977, S. 128–142.

² Ritter, *Sozialstaat*, S. 10, 14, 21.

- ³ Helga Michalsky, Soziale Sicherheit ist nicht genug! Konzeption und Leistungen der sozialistischen Sozialpolitik, in: Gert-Joachim Glaebner (Hg.), Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft, Opladen 1988, S. 402–421, S. 414.
- ⁴ Hans F. Zacher, Das soziale Staatsziel, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hg.), Handbuch des Staatsrechts, Bd. 1, Heidelberg 1987, S. 1096.
- ⁵ Dokumente der SED, Berlin (Ost) 1951, Bd. 1, S. 139–148; maßgeblicher Autor war Helmut Lehmann.
- ⁶ Wolf Rainer Leenen, Sozialpolitik, in: DDR-Handbuch, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bd. 2, 3. Aufl., Köln 1985, S. 1212–1218, S. 1213.
- ⁷ Ders., Sozialpolitik in der DDR (I). Theoretische Probleme, in: Deutschland-Archiv 8 (1975) S. 254–270, S. 258, 254.
- ⁸ Helga Ulbricht, Aufgaben der sozialistischen Sozialpolitik bei der Gestaltung der sozialen Sicherheit in der DDR. Leipzig (Maschinenschrift) 1965, in der Reihenfolge der Zitate S. 52, 99, VII, 54.
- ⁹ Durchgesehen wurden „Arbeit und Sozialfürsorge“ (1949 mit dem Untertitel „Amtliches Organ des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen/Hauptabteilung Arbeit und Sozialwesen“, danach mit häufig wechselnden Untertiteln) sowie „Die Arbeit. Monatsschrift für Theorie und Praxis der deutschen Gewerkschaften“.
- ¹⁰ So z. B. Die Arbeit 1956, S. 612.
- ¹¹ H. Rühl, Abkommen über die Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten auf dem Gebiete der Sozialpolitik, in: Arbeit und Sozialfürsorge 12 (1957), S. 443.
- ¹² Vgl. Sitzungsprotokoll der Volkskammer vom 18. 1. 1957, S. 703: Der Ausschuß für Arbeit und Gesundheitswesen wurde in die beiden Ausschüsse für „Arbeit und Sozialpolitik“ und „für Gesundheitswesen“ geteilt.
- ¹³ Gerhard Himmelmann, Sozialpolitik in sozialistischen Systemen? Dargestellt am Beispiel DDR, in: Politische Bildung 11 (1978) S. 57–69, S. 57.
- ¹⁴ Vgl. z. B. Hannsjörg Buck, Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten, Bd. 1, Coburg 1969, S. 228–235.
- ¹⁵ Vgl. Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945–1985, hg. von Gunnar Winkler, Berlin (Ost) 1989, S. 108. Bei dieser materialreichen Schrift handelt es sich um eine „wissenschaftlichen und propagandistischen Zwecken dienende Publikation“ (S. 9) aus Anlaß des 40. Gründungstags der DDR.
- ¹⁶ Beim Hinweis auf „sozialpolitische Probleme der nicht mehr arbeitsfähigen Bürger“. Vgl. Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, 15.–21. Januar 1963, Bd. 4, Berlin (Ost) 1963, S. 366.
- ¹⁷ Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SED, 17. bis 22. April 1967, Bd. 1, Berlin (Ost) 1967, S. 239/241. Für Ulbrichts vornehmlich wachstums- und produktivitätsorientierte Sicht ist es bezeichnend, daß er den Rede-Abschnitt vor allem zu heftiger Kritik an der unrationellen Mittelverwendung in der Sozialversicherung und im Gesundheitswesen benutzte: In beiden Bereichen fehle noch der „ökonomische Zwang zur rationelleren Arbeit“; beide Bereiche müßten erst noch lernen, nach den Prinzipien des „neuen ökonomischen Systems“ zu arbeiten.
- ¹⁸ Vgl. Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 406f.
- ¹⁹ Daß sich Ulbricht damit von den „Fragen, die das Leben stellt“ entferne, hält eine Niederschrift aus dem Internen Parteiarchiv des Politbüros fest, die sich im Februar/März 1971 mit dem geplanten Sturz Ulbrichts befaßte, abgedruckt bei Peter Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 304–309, S. 306.
- ²⁰ Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin (Ost) 1978, S. 557, 584.
- ²¹ Als umfassende Chronik vgl. Johannes Frerich/Martin Frey, Handbuch der Geschichte der

- Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1993.
- ²² Als Emissärin des Politbüros hob Inge Lange bei der Gründungssitzung die „Drei-Kinder-Familie“ als „das Bedürfnis der Gesellschaft“ hervor, auf das sich die Sozialpolitik orientieren müsse. Vgl. Sozialpolitik und Demographie, hg. von H. Koziolok, Berlin (Ost) 1974, S. 21.
- ²³ Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 423.
- ²⁴ Eröffnungsrede von M. Suslow in einer die Ergebnisse des Parteitags auswertenden Konferenz wissenschaftlicher Institute. Vgl. Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Moskau 1972, S. 16.
- ²⁵ Gesprächsvermerk vom 28. 8. 1970, abgedruckt bei Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992, S. 340.
- ²⁶ Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, 18.–22. März 1976, Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 61.
- ²⁷ Vgl. Erich Honecker, Neue Maßnahmen zur Verwirklichung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages, Berlin (Ost) 1972, S. 7.
- ²⁸ Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, S. 64.
- ²⁹ Vgl. z. B. Horst Miethe/Harry Milke, Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Einheit 31 (1976) S. 1160–1164. In der Literatur wird die Formel „Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik“ oft unzutreffend auf den VIII. Parteitag zurückdatiert, wobei dann diese retardierende Absicht aus dem Blick gerät. Sehr präzise hingegen Ilse Spittmann, Das sozialistische Zuhause (1976), wiederabgedruckt in: Dies., Die DDR unter Honecker, Köln 1990, S. 46f.
- ³⁰ Michalsky, Soziale Sicherheit, S. 417.
- ³¹ Detlef Pollack, Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie 19 (1990), S. 292–307, hier S. 295.
- ³² Vgl. Hans-Hermann Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 127–145. Günter Kusch u. a., Schlußbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991.
- ³³ Jürgen Kuczynski, Ein einzigartiger Lebensstandard insofern als . . . , in: Neues Deutschland, 22. 12. 1988, S. 2 und 4.
- ³⁴ Zur Begrifflichkeit vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992.
- ³⁵ Vgl. Lutz Niethammer, Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR, in: Alf Lütke (Hg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt a. M. 1989; ders. u. a., Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991.
- ³⁶ Die folgenden Betrachtungen beziehen sich nur auf die Ebene des Gesamtsystems, nicht auf einzelne Subsysteme – wie die Legitimation der ihrer Autonomie beraubten Gewerkschaften durch Funktionsgewinne in administrativen Bereichen der Sozialpolitik. Außer Betracht bleiben auch Zusammenhänge, die nicht oder nur graduell als systembedingt einzustufen sind – wie die sozialpolitische Legitimation der (ebenso unpopulären wie arbeitsmedizinisch bedenklichen, in der DDR gleichwohl stark expandierenden) Schichtarbeit im Dreischichtbetrieb.
- ³⁷ Dagegen betrifft die legitimatorische Bedeutung der Sozialpolitik in den westlichen Demokratien eher das Wirtschaftssystem. Dieses steht insofern unter Legitimationsdruck, als die betrieblich-einzelwirtschaftliche Entscheidung sich nicht ohne weiteres ineinssetzen muß mit gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen.
- ³⁸ Zu beachten ist auch eine Aufspaltung des Sicherheitsbegriffs, da die Betonung von Elementen

der sozialen Sicherheit die Produktion von Unsicherheit und Einschüchterung verdeckte, die die Sanktionsapparate des SED-Staats in anderer Hinsicht betrieben.

- ³⁹ Ulbricht nannte 1963 im innerdeutschen Vergleich einen Abstand von 25%, Honecker sprach 1982 von 30%, vgl. DDR-Handbuch, Bd. 2, 3. Aufl., Köln 1985, S. 1100. Günter Manz, bis 1987 Leiter des Instituts für Konsumtion und Lebensstandard an der Hochschule für Ökonomie in Ost-Berlin, schätzt, daß die Arbeitsproduktivität der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik bis 1989 auf etwa 50% absank. Vgl. Günter Manz, Armut in der „DDR“-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumniveau vor und nach der Wende, Augsburg 1992, S. 16, 96.
- ⁴⁰ M. Rainer Lepsius, Die Teilung Deutschlands und die deutsche Nation, in: Lothar Albertin/Werner Link (Hg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, Düsseldorf 1981, S. 417–449, bes. S. 435f.
- ⁴¹ Vgl. Michael Lemke, Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993) S. 153–174.
- ⁴² Die geradezu existentielle Bedeutung, welche die Sozialpolitik angesichts der deutsch-deutschen Konkurrenz in der Staatsräson der SED erhielt, hob Erich Mielke noch am 7. April 1989 in einem Gespräch mit dem Leiter der I. Hauptverwaltung des KGB, Schebarschin, hervor: „Soziale Sicherheit“ habe in der DDR ein um so größeres Gewicht, als sie „der wirtschaftlich starken BRD direkt gegenüber“ stehe. Vgl. das Gesprächsprotokoll in der von der Gauck-Behörde herausgegebenen Reihe „BF informiert“ (Information Nr. 1/1993).
- ⁴³ Diese „Hauptaufgabe“ verkündete Ulbricht bekanntlich 1958 unter dem Einfluß verheißungsvoller Visionen Chruschtschows und in der Nah-Erwartung einer schweren Wirtschaftskrise in Westeuropa. Noch 1968 hoffte er, die Überlegenheit der DDR werde auch im Bereich der industriellen Produktion bald weithin sichtbar werden. Hierzu vgl. Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR, Berlin 1990, S. 10/11.
- ⁴⁴ So noch Ulbrichts Rede zum „Nationalen Dokument“ des Nationalkongresses der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland vom 17. Juni 1962; im einzelnen vgl. Jens Hacker, SED und nationale Frage, in: Ilse Spittmann (Hg.), Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987, S. 43–64.
- ⁴⁵ Vgl. Anm. 9. Das Zitat ist die Überschrift eines Artikels von F. Ruscher, in: Arbeit und Sozialfürsorge 12 (1957), S. 59–60.
- ⁴⁶ Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, 15.–21. Januar 1963, Bd. 4, Berlin (Ost) 1963, S. 152.
- ⁴⁷ Zur Rentenreform vgl. Hans Günter Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980.
- ⁴⁸ Stenographisches Protokoll der 26. Tagung des ZK der SED, 22. März 1956 (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, ZPA IV 2/1/156).
- ⁴⁹ Arbeit und Sozialfürsorge 11 (1956), S. 638 und S. 700.
- ⁵⁰ Vgl. Hartmut Zimmermann, Die DDR in den 70er Jahren. Zu einigen Aspekten der innenpolitischen Situation der DDR, in: Günter Erbe u. a., Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR, Opladen 1979, S. 13–82, hier S. 45–48.
- ⁵¹ Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin (Ost) 1981, S. 39.
- ⁵² Harry Nick, Soziale Sicherheit als Errungenschaft und Aufgabe, in: Einheit 35 (1980) S. 713–721, hier S. 715.
- ⁵³ Horst Miethe/Gunnar Winkler, Soziale Sicherheit – Wesensmerkmal unserer Gesellschaft, in: Einheit 38 (1983) S. 538–544, hier S. 538.
- ⁵⁴ Kurt Hager, Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus, Berlin (Ost) 1983, S. 49.
- ⁵⁵ Vgl. die klassische Grundlegung der Terminologie bei Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft, 8. Aufl., Leipzig 1935.
- ⁵⁶ Ähnlich Meuschel, Legitimation, S. 235: Die SED habe „den fortwährenden Verzicht auf

Selbsttätigkeit seitens der Herrschaftsunterworfenen“ angestrebt und im Gegenzug „parteistaatliche Fürsorge, Orientierungswissen und Zukunftsgewißheit“ angeboten. Pollack, Organisationsgesellschaft, S. 296 nennt diesen Zusammenhang: „Austausch von Anpassung und Versorgung“. Dieselbe Ambivalenz – Versorgung und Entmündigung – steckt im Begriff des „vormundschaftlichen Staats“, den Rolf Henrich – ohne näheren Bezug zur Sozialpolitik – entfaltet hat; vgl. Rolf Henrich, *Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus*, Reinbek 1989.

- ⁵⁷ Es dürfte lohnend sein, Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit einem vergleichbaren Aspekt der nationalsozialistischen Diktatur herauszuarbeiten, auf den in: *Deutschland-Bericht der Sopade*, 3 (1936), Frankfurt a. M. 1980, S. 149 so hingewiesen wurde: „Große Teile der Arbeiterschaft haben geglaubt, durch die Hinnahme des Systems Freiheit gegen Sicherheit eintauschen zu können“ (Januar 1936).
- ⁵⁸ Ritter, *Sozialstaat*, S. 21–23.
- ⁵⁹ Sigrid Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 5–14, bezieht die Honeckersche Sozialpolitik zu weitgehend auf diese Tradition.
- ⁶⁰ Gerd Meyer/Kirsten Rohmeis, „Kontrollierte Emanzipation“. Thesen zu Patriarchalismus und Paternalismus im politischen System der DDR, in: *Tradition und Fortschritt in der DDR. Neunzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1986, S. 102–117.
- ⁶¹ Niethammer, *Annäherung*, S. 326.
- ⁶² Vgl. z. B. die Ergebnisse einer Studie von Infratest Burke Berlin, in: *Die Zeit* Nr. 40, 1. 10. 1993, S. 17–21. Nach den oben genannten Werten folgen „Schutz vor Kriminalität“ und „soziale Absicherung“.
- ⁶³ Wolfgang Zapf, *Die DDR 1989/1990 – Zusammenbruch einer Sozialstruktur?*, in: Hans Joas/Martin Kohli (Hg.), *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen*, Frankfurt a. M. 1993, S. 29–48, hier S. 34.
- ⁶⁴ In diesem Sinne unterscheidet Meuschel, *Legitimation*, S. 22–28 zwischen Loyalitätsbereitschaft und Legitimitätsglauben. Daß „viele Bürger der DDR für die bescheidenen Sicherheiten, die das Leben in einem effizienten polizeilichen Sozialstaat bietet, wirklich dankbar“ gewesen seien, aber nur im Sinne einer „begrenzten Loyalität“, betont auch Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990*, München 1990, S. 78 f.
- ⁶⁵ Vgl. *Das Gesundheitswesen im vereinten Deutschland. Sachverständigenrat für die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen*, Baden-Baden 1991, S. 102–151.
- ⁶⁶ *Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR*, hg. von Gunnar Winkler, Berlin 1990, S. 200.
- ⁶⁷ Vgl. z. B. Niethammer, *Erfahrung*, S. 448.
- ⁶⁸ Jürgen Kuczynski, *Probleme der Selbstkritik. Sowie von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte*, Köln 1991, S. 37.
- ⁶⁹ Günter de Bruyn, *Berlin und die Mark*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 300, 28. 12. 1991.